№ 83 / B 41 Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch 18. Februar 1925

V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (im Ausn.) Handelsteil: Carl Misch, Berlin-Unterl. Manuskripte werden nur zurückgesandt wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 8600–8663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 8686–8695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Der Kontrollbericht überreicht.

Unverzügliche Veröffentlichung?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 18. Februar.

General Walch, der Vorsitzende der internationalen Militärkontrollkommission in Berlin sowie der englische Delegierte in dieser Kommission, General Wauchope, sind gestern abend in Paris eingetroffen. General Walch bringt den endgültigen Bericht der Militärkontrollkommission über den Stand der deutschen Rüstungen mit. Dieser wird heute vormittag den zuständigen Stellen übergeben werden. „Petit Parisien" erklärt, man lege französischerseits Wert darauf, daß die Veröffentlichung des Berichts unverzüglich vorgenommen werde.

wbe **London**, 18. Februar.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, daß man in englischen amtlichen Kreisen die Auffassung vertrete, den Bericht der Militärkontrollkommission als Ganzes zu veröffentlichen. Man werde sich allerdings vorbehalten müssen, „gewisse Annexe", in denen streng vertrauliche militärtechnische Erwägungen angestellt würden, eventuell von der Veröffentlichung auszunehmen.

Amerikas Luftetat.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wsch **New York**, 18. Februar.

Vor dem Luftschiffahrtsausschuß des Repräsentantenhauses gaben gestern Vertreter des General- und Admiralstabes Auskunft über die Stärke der Vereinigten Staaten in bezug auf die Luftbewaffnung. Obgleich diese Sitzung geheim war, teil die „Chicago Tribune" mit, die Aussagen der Sachverständigen hätten die Ausschußmitglieder peinlich berührt. Das Heer sollte etatmäßig 461 Flugzeuge besitzen, tatsächlich seien aber bei weitem weniger vorhanden. In Hawai müßten etatmäßig 50 sein, vorhanden sei keines. In den Philippinen gebe es statt der etatmäßigen nur 10, in Panama anstatt der etatmäßigen 51 nur 14. In dem Generalstab von 100 Köpfen seien nur zwei Fliegeroffiziere. Die Marinefliegerei sei zwar besser ausgerüstet worden, aber bei weitem nicht dem Etat entsprechend.

Coolidge erhielt den Bericht des Sonderausschusses, enthaltend die Vergleiche von Kampfwerten der Flugzeuge, Kriegsschiffe und Unterseeboote. Der Bericht des Kongresses wird nächste Woche veröffentlicht werden. Danach steht eine Aktion zur Verstärkung der Luftrüstungen zu erwarten. Die Stimmung für die Zusammenfassung von Kriegs- und Marinesekretariaten unter einem Sekretariat für nationale Verteidigung mit Gliederung für Heer und Marinefliegerei hat sich gebessert, so daß die Aktion dafür im nächsten Kongreß wahrscheinlich ist.

Der Marinestaatssekretär Wilbur teilte gestern Hughes offiziell mit, daß die Vereinigten Staaten von Amerika in der vorgeschriebenen Frist, d. h. 1½ Jahre nach der zuletzt eingegangenen Ratifikation, alle Vorschriften des Washingtoner Uebereinkommens bezüglich der Abrüstung zur See erfüllt hätten. Die Frist läuft heute ab, da Frankreich als letzter Teilnehmer im August 1923 ratifiziert hat.

*

Wie die Berliner japanische Botschaft mitteilt, gibt das japanische Marineministerium bekannt, daß die Anerangierung der 14 in Gemäßheit mit den Bestimmungen der Washingtoner Konferenz abzuschaffenden Kriegsschiffe am 9. Februar zu Ende geführt worden ist, und zwar wurden „Aki", „Satsuma", „Hizen" und „Tosa" in Grund gebohrt; „Iwami", „Ibuki", „Kashima", „Kurama", „Katori" und „Amagi" sind zerschlagen worden; „Settsu" dient fortan als Ziel bei Schießübungen. „Asahi" und „Shikishima" wurden für Friedenszwecke bereitgestellt, und „Mikasa" (das Flaggschiff des Admirals Togo während des russisch-japanischen Krieges) ist nach Einnernehmen mit den betreffenden Mächten zur historischen Erinnerung zurückgestellt worden.

Marx für Braun.

Bei der Verabschiedung des bisherigen Ministerpräsidenten Braun fand der neue Chef der preußischen Regierung Marx bemerkenswerte Worte der Anerkennung für seinen Vorgänger. Als Reichskanzler habe er, so sagte Marx, es als wohltuend empfunden, **daß in einer Zeit, in der in fast allen Ländern des Reiches Unruhen und Krisen herrschten, das größte Land, Preußen, unter zielbewußter und fester Leitung ruhig und stetig seinen Weg ging.** Ministerpräsident Braun, den er nur mit Wehmut von seinem Posten scheiden sähe, habe sich nicht nur um Preußen, sondern um das Reich große, bleibende Verdienste erworben. Er hoffe, ihn auch in Zukunft weiter in politischer Betätigung hervorragend am Werk zu sehen. Für dieses Preußen, das in den letzten Jahren die Hauptstütze des Reiches gewesen sei, werde nunmehr er jetzt gern, solange es ihm vergönnt sei, an dieser Stelle zu stehen, seine ganze Arbeitskraft einsetzen.

*

Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit:

Der preußische Ministerpräsident Marx hat den Staatsminister Dr. Am Zehnhoff zum Justizminister,

den Staatsminister Severing zum Minister des Innern,

den Staatsminister Hirtsiefer zum Minister für Volkswohlfahrt,

den Staatsminister a. D. Staatssekretär Prof. Dr. Becker zum Staatsminister und Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,

den Oberlandesgerichtsrat Dr. Hoepker-Aschoff zum Staats- und Finanzminister,

den Rechtsanwalt und Notar Dr. Schreiber zum Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe,

und den Generalsekretär der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover, Oekonomierat Steiger, zum Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt.

Der Fall Lange-Hegermann.

Wie wir erfahren, wird die Staatsanwaltschaft noch heute sich offiziell an den Reichstagspräsidenten wenden und einen Beschluß des Parlamentes über die Aufhebung der Immunität Lange-Hegermanns verlangen, da gegen ihn, der sowohl im Fall Barmat, wie auch im Fall Höfle als Zeuge vernommen war, nunmehr das Ermittlungsverfahren durchgeführt werden soll.

Der deutsch-rumänische Konflikt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

e **Bukarest**, 17. Februar.

Der Abgeordnete der Regierungspartei Domulescu richtete heute im Parlament an den Innenminister die — offenbar bestellte — Frage, wieviel deutsche Unternehmen augenblicklich in Rumänien seßhaft seien. Auch forderte er vom Finanzminister eine genaue Erklärung über die Anzahl, den Wert und den Umfang der deutschen Waren, die in Rumänien aufgestapelt seien.

Das Pressebüro des rumänischen Außenamtes veröffentlicht folgendes Communiqué mit Bezug auf Erklärungen, die Dr. Stresemann abgegeben hat: Es wird versichert, daß die rumänische Regierung nicht geneigt sei, sich in eine Polemik mit Dr. Stresemann einzulassen. Es sei selbstverständlich, daß Deutschland, das sich „weder auf die Verträge noch auf das Völkerrecht berufen kann", durch „tendenziöse Interpretationen" versucht, eine Atmosphäre zu seinen Gunsten zu schaffen. Für Rumänien, das seine Forderungen in den Friedensverträgen begründet sehe, bedeute dieser letzte Versuch Deutschlands nur die Bestärkung in seiner Ueberzeugung, daß es mit allen Mitteln seine Forderungen durchsetzen werde. Bis zum heutigen Tage habe sich Rumänien in der Frage der Durchführung der Friedensverträge sehr entgegenkommend verhalten, da es den lebhaften Wunsch hatte, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern freundlich zu gestalten. Diese Bemühungen der rumänischen Regierung haben jedoch kein Resultat gezeitigt, und Rumänien sei daher gezwungen, die notwendigen Maßnahmen zur Wahrung seiner Rechte zu ergreifen".

*

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages gab Dr. Stresemann über die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien eingehende Erklärungen ab. Die hierauf folgende längere Aussprache, an der sich die Abgeordneten Dr. Haehsch (Dnat.), Müller-Franken (Soz.), Dr. Wirth (Ztr.), v. Freytag-Loringhoven (Dnat.), Dr. Haas (Dem.) und Dr. Bredt (Wirtsch. V.) beteiligten, ergab, daß der Ausschuß einmütig den Standpunkt der Reichsregierung billigt.

Das Problem Groß-New York.

Amerikanische Wirtschaftsbilder.

Von

Prof. Dr. Julius Hirsch.

Staatssekretär z. D.

Ob die Organisation der amerikanischen Wirtschaft als Ganzes in sich vollkommen zweckmäßig ist? Die Frage drängt sich nicht nur dem Wirtschafter auf, wenn er den Fuß in dieses neue Venedig, auf Manhattan Island, setzt. In einem Land, das in seinem Innern noch gänzlich unübersehbaren, sicher teilweise unerschlossenen Reichtum birgt, ballt sich in einer kleinen, viel zu schmalen Ecke eine unerhörte Bevölkerungsmasse zusammen, quetscht sich nebeneinander, unter- und übereinander bis ins 58. Stockwerk. In dieses Land, das noch nicht doppelt so viel Bevölkerung wie Deutschland hat, kann man das heutige Deutschland siebzehn bis achtzehnmal hineinstecken; aber von den höchstens 115 Millionen Bevölkerung pressen sich 20 bis 22 v. H. zusammen in dem Mündungswinkel des Hudson, auf nicht 1 v. H. des Bodens, in einem Halbkreis von etwa 250 Meilen um die Freiheitsstatue, und immer neue Massen kommen hinzu. Es ist, als ob ein großer Teil der Einwanderer hier einfach kleben bliebe. Gewiß, für die meisten waren die New-Yorker Kolonien nur Durchgangsstationen zur Anpassung an Land und Sprache. Aber seit etwa 15 Jahren scheint es mindestens mit Teilen der Einwanderung anders geworden zu sein, und seitdem genug: in den letzten Jahren drängten anscheinend viele wieder vom Landeherein. Gewiß sind Eisen, Kohle und Petroleum in relativer Nähe, gewiß ist hier viel Endproduktion und Umladung, eine natürliche Zentrale des Außenhandels — aber schließlich betont der Statistiker Carl Snyder mit einem gewissen Recht, daß der Auslandhandel nur einen recht kleinen Bruchteil der amerikanischen Wirtschaft bedeutet. Was drängt und treibt die Menschen hier zusammen — was schafft dieses Wunder der Wolkenkratzer-Meilen, diesen Verkehrs, der schließlich trotz aller Kraft an seinen Grenzen angelangt ist? Das Auto ist auf Manhattan, der Zentrale des amerikanischen Handels, nahezu unbrauchbar geworden. Die „Subway" schafft es in einem Drittel der Zeit.

Der Farmer in seinem Holzhaus — ein ganz großer Teil der Amerikaner lebt in Holzhäusern, teilweise Flüchtlinge Bauart — hat seit langem darüber eine einfache Formel: was auf 1000 Acker Land in Texas erarbeitet ist, wirft seinen Nutzen in 100 Quadrat-Yards Kontorraum in New York City! Die Sachverständigen bestreiten das: Dr. Nyström in sehr interessanter Weise für den Detailhandel, Prof. Weld für den Großhandel. Aber dennoch bleibt bestehen, daß von dem Dollar, den der Verbraucher ausgibt, der Landwirt und Verarbeiter kaum mehr als 40 bis 50 v. H. erhält, für Transport müssen 10 bis 20 v. H. draufgehen, der Handel in all seinen Stufen nimmt mindestens 40 v. H., das sind auf seinen Einkaufspreis gerechnet 75 v. H.

Natürlich nicht ein Händler und natürlich nicht als Reingewinn. Es ist eben schwer, in solch durcheinanderwirbelnden Menschenmenge den Kunden zu finden, ihn zu locken, noch viel schwerer, ihn zu halten. Daher die höchste Entwicklung der Reklame, die natürlich nicht umsonst ist; deswegen die vielgestaltige Organisation der Vermittler aller Art; auch das amerikanische Bankwesen arbeitet mit hohen Spesen, also nicht ganz billig. Henry Fords Abneigung dagegen wird einem dabei immerhin verständlich. Aber — nicht alles Bestehende ist auf die Dauer vernünftig. Bei solcher Organisation einer Wirtschaft fällt einem der Satz ein, der Bismarck zugeschrieben wurde: man muß nicht da sein, wo die Eisernen Kreuze verdient, sondern wo sie verteilt werden. Amerikanisch variiert: man muß nicht da sein, wo die Waren geschaffen, sondern da, wo sie gehandelt, gefixt, finanziert, zu Geld vergeistigt werden . . .

Das zeigt sich schon zahlenmäßig. In einem Land stellen Handel und Bankwesen immer nur wenige Prozente aller Beschäftigten (3 bis 5 v. H.). In unseren großen Städten ist's natürlich anders. In Berlin und Frankfurt a. M. ist ungefähr jeder zehnte Erwerbstätige im Handel beschäftigt, in New York ist es formell schon fast jeder dritte Erwerbstätige. Sieht man aber genauer hin, so ist ein großer Teil des gewaltigen Verkehrsgewerbes praktisch auch noch für diesen Handel tätig. Das Bangewerbe mit seinen mehr denn 195 000 Beschäftigten, die Installateure und Schofföre, deren es allein 50 000 gibt, und auch die 10 000 Liftboys sind in erster Linie hier, soweit sie überhaupt gewerblich arbeiten, tätig; dasselbe gilt von einem beträchtlichen Teil der Handwerker, und das hier sehr große Volk der Künstler, Lehrer und freien Berufe mit zusammen rund 92 000 arbeitenden Personen beruht auch wohl nur auf diesem Mutterboden. Mittelbar und unmittelbar lebt wohl die Hälfte der Bevölkerung von Groß-New York vom Handel, von der Waren- und Geldvermittlung, während zur eigentlichen Industrie nur rund 235 000 und zum Handwerk etwa 83 000 zu rechnen sind. Handwerk und Industrie haben ihren „Standorts-Faktor", d. h. das Schwergewicht, das sie